1400

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

...mentspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst ...Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 90 Pf. ...Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und ...-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

...r. 258. | Dresden, Freitag den 6. November 1908. | 19. Jahrg.

Das Versagen des Reichstages.

Es konnte einen Augenblick scheinen, als ob das Uebermaß ...lichkeiten, die das persönliche Regiment für die deutsche ... herbeigeführt hat, auch die „nationalen Parteien" zum ...uß gereizt hätte, daß hier ein Ende gemacht und ernstere ...ng geschaffen werden müsse. Doch der ersten Stunde des ... und der Scham und des empörten Auffahrens ist schnell ...ernünftige Ueberlegung" gefolgt. Der Reichstag hat, wie ...nische Zeitung deutlich genug es ausspricht, „die Krisen- ... bis auf weiteres ans Fenster gestellt". Man ... schon nicht mehr gespannt auf die Haltung zu harren, ... Reichstag in der nächsten Woche einnehmen wird, wann ...terpellationen zur Kanzlerkrise besprochen werden sollen. ... schon offenbar genug, daß dieser Reichstag vor der ihm ...n Aufgabe vollkommen versagt. Die „nationalen Parteien" ... sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß sie ihren ... nicht fallen lassen dürfen. Sie werden die Schwierig- ... zu würdigen wissen, mit denen ihr Meister zu kämpfen ... Sie werden sich einige Ausfälle auf die kaiserliche Politik ... um Bülows Haupt erst recht in der Gloriole erstrahlen ...en. Sie werden sich mit einigen schönen Worten, daß „so ... gewiß nicht wieder vorkommen solle, gern abfinden lassen. ...bot die „nationale Ehre", dem persönlichen Regiment ein ...u bereiten und dem Verantwortlichen der blamablen Ge- ...e, dem Reichskanzler, die Tür zu weisen. Jetzt gebietet ...ationale Ehre", sich „treu um Kaiser und Kanzler zu ...

...mmer wieder ist es die Berufung auf die „nationale ... durch die das deutsche Volk von den bürgerlichen Parteien ...n politischen Fortschritt beraubt wird. Ist das System ...lutismus bedroht, ist der Tag gekommen, da es an seinen ... und Widersprüchen zugrunde gehen muß, alsbald er- ... die bürgerlichen Parteien zum rettenden Werk. Anstatt ...nde zu nützen, da das deutsche Volk vom Absolutismus ...erden kann, verstricken sie die ganze Nation i.. die schmähliche ..., die der Absolutismus ihr bereitete. Aus dem Zu- ...bruch der herrschenden Gewalt wird der Zusammenbruch ...zen deutschen Politik. So wird dann aber auch das ...lächter der ausländischen Nationen nicht mehr nur über ...tsche Regierungssystem erschallen, sondern mehr noch über ...tsche Nation, die dieses Regierungssystem erträgt!

Eine warnende Stimme.

Das Berliner Tageblatt stellt die Sachlage ganz richtig dar, ...s schreibt:

Fürst Bülow hat offenbar die Hoffnung nicht ganz aufgegeben, ...es ihm gelingt, im Reichstag eine Mehrheit auf seine Seite zu ...en, die schließlich auf den Knien fleht: Bülow, ...be bei uns! Wozu wollte sonst Fürst Bülow erst in ...nächsten Woche sagen, was er ebensogut schon heute ...sagen können? Er will eben erst den Boden beackern. **...hören wir doch nicht umsonst die nationale Trompete blasen.** ...handelt sich dabei noch immer um die drei Deserteure von Casa- ...nca, **deren Bedeutung zur Anfeuerung der „kochenden Volksseele"** ...er offensichtlicher zutage tritt. So wächst mit jeder Stunde die ...scheinlichkeit, daß der Interpellationstag, der zu einer fürchter- ...n Abrechnung mit der Reichsregierung führen sollte, für den ...stag selbst zu einer journée des dupes (einem Tag der Be- ...nen) wird.

Und es schließt:

Hier handelt es sich nicht um Parteifragen, sondern um eine ...gabe des gesamten Reichstags. **Versagt er diesmal, dann sinkt ...völlig zu einem Spielball absolutistischer Launen herab.**

Der politische Jagdausflug.

Der Nationalzeitung wird „von besonderer Seite" mitgeteilt, daß ...verantwortlichen Jagdausflug Wilhelms II. nach Eckartsau größere ...sche Bedeutung zukomme. Die besondere Seite schreibt u. a.:

Wenn man sich der amtlichen Mitteilung erinnert, wonach ... Reichskanzler den Ausschuß des Bundesrats für auswärtige An- ...genheiten einberufen will, um ihm unter anderem auch streng ...trauliche Mitteilungen über die orientalischen Angelegenheiten zu ...chen, so liegt der Schluß nahe, daß der Kaiserbesuch in Eckartsau ...mit im Zusammenhang steht.

Daß der kaiserliche Besuch gerade im gegenwärtigen Momente, ... sich für das Verhältnis zwischen Rußland und Oesterreich wenig ...ndliche und friedliche Zukunftsperspektiven eröffnen, am Ende ...er unterblieben wäre unter Vorschützung einer plötzlichen Er- ...ung oder ähnlicher Vorwände, läßt sich vom Standpunkte ...lomatisch vorausschauender Reichspolitik wohl kaum leugnen.

Wilhelm II. entscheidet auf der Hirschjagd in Eckartsau ...rän über Leben und Tod des deutschen Volkes.

Das ist der Erfolg der jäh zusammengeklappten, zeitungs- ...rmen Bürgerrebellion gegen das persönliche Regiment.

Schwere Erziehungsfehler.

Der freikonservative Scharfmacher Frhr. v. Zedlitz schreibt ...ag:

Was wir als Schattenseiten des persönlichen Regiments, ...mentlich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, beklagen, ist ...nigstens zum Teil auf einen schweren Erziehungsfehler zurück- ...führen. Gerade bei der Veranlagung und dem Temperament des ...maligen Prinzen Wilhelm war es geradezu verhängnisvoll, daß er ... ganze Zeit der Entwicklung vom Jüngling zum Manne in der ...stuft Potsdams und bevorzugter Garde-Regimenter verlebt hat.

Unser Kaiser ist in der Gluthatmosphäre höfischen Byzantinis- ...s verblieben, in der die in ihm liegenden autokratischen ...iebe treibhausartig sich entwickelten.

Die Deserteure von Casablanca

sollen die willkommenen Retter aus der Not Bülows werden. Plötzlich ist eine „brennende nationale Frage" aufgetaucht. Der deutsche Michel soll sich national begeistern. Er soll in erregter Spannung nach Paris blicken. Er soll bewundernd die Festigkeit Bülows anerkennen, der dem Erbfeinde den Daumen aufs Auge drückt. Er soll sich sagen, es sei ein Verbrechen am Vaterlande, in einem solchen Augenblicke dem Meister des Blocks mit unbequemen Interpellationen an Hals und Kragen zu gehen. In frivoler Weise droht man mit dem Kriegsgespenste, um die Massen zu erschrecken und die öffentliche Aufmerksamkeit von den ernsten Dingen abzulenken, die die gegenwärtige Situation kennzeichnen.

Eine kurze Zusammenfassung der Vorgänge, die den Zwischenfall von Casablanca ergeben, bringt die Frankf. Ztg. mit folgenden Sätzen:

„Der sogenannte Zwischenfall von Casablanca ereignete sich am 25. September. Nach Berichten aus deutscher Quelle ließ das deutsche Konsulat zwei deutsche Deserteure der französischen Fremdenlegion zur Beförderung in die Heimat nach dem deutschen Schiffe Cintra schaffen; der Konsulatsbeamte Just und ein eingeborener Konsulatssoldat begleiteten sie. Nun wurde das Boot, das die Gesellschaft an Bord des Schiffes bringen sollte, von der Meeresströmung an einen Felsen geworfen; es scheiterte und die Insassen fielen ins Wasser. Diesen Unfall haben französische Soldaten, die sich schon vorher der Einschiffung der Deserteure widersetzen wollten, dazu benutzt, sich der Deserteure zu bemächtigen; es entstand im Wasser ein Kampf, bei dem der deutsche Konsulatsbeamte und der Soldat arg zugerichtet wurden. Das Ergebnis des Kampfes war, daß die Deserteure samt dem Soldaten verhaftet und fortgeführt wurden. Der Soldat wurde nachher auf Grund energischer Reklamationen des Konsuls wieder freigegeben, die Deserteure befinden sich dagegen jetzt noch in Haft."

Es wurden sofort Verhandlungen zwischen Berlin und Paris eingeleitet, die bis zum Ausbruche der Kanzlerkrisis zu einem befriedigenden Ergebnisse zu führen schienen. Eine Differenz zeigte sich insofern, als die deutsche Regierung forderte, daß vor der schiedsgerichtlichen Behandlung des Streites jede der beiden Regierungen ihr Bedauern über das Verhalten ihrer Beamten beziehentlich Soldaten aussprechen solle, während die französische Regierung erklärte, daß sie ein Bedauern über das Verhalten ihrer Soldaten zunächst nicht aussprechen könne, da diese nichts Unrechtes getan hätten, und daß zuerst das Schiedsgericht über den Sachverhalt selbst entscheiden müsse.

Plötzlich wird diese Angelegenheit von deutscher Seite wie eine nationale Ehrensache und wie ein Konfliktsfall behandelt!

•

Die deutsche offiziöse Darstellung.

Köln, 5. November. Ein Berliner Telegramm der Kölnischen Zeitung besagt: Ueber den Gang der Verhandlungen, die wegen des Zwischenfalls von Casablanca stattgefunden haben, erfahren wir folgendes: Am 14. Oktober warf der Staatssekretär v. Schoen in einem gelegentlichen, nicht amtlichen Gespräch mit dem französischen Botschafter über verschiedene Möglichkeiten, den Streit von Casablanca zu schließen, den Gedanken hin, ob nicht auch das Auskunftsmittel einer schiedsgerichtlichen Regelung herangezogen werden könnte. Am 15. Oktober berichtete Botschafter Fürst Radolin, Minister Pichon habe ihm soeben mitgeteilt, er habe auf eine Depesche des Botschafters Cambon hin dem Schiedsgerichtsgedanken zugestimmt. Aber die Mitteilung dieser Zustimmung an Herrn Cambon habe sich mit einer zweiten Depesche desselben gekreuzt, nach der die Bemerkung des Staatssekretärs v. Schoen nicht als förmlicher Vorschlag zur Lösung der ganzen Frage aufzufassen sei. Darauf folgte am 18. Oktober eine Unterredung des Fürsten Bülow mit dem Botschafter Cambon im Beisein des Staatssekretärs v. Schoen. In dieser Unterredung schlug Fürst Bülow die Regelung der Angelegenheit auf folgender Grundlage vor:

1. Frankreich spricht sein Bedauern aus über den Einbruch französischer Organe in die Prärogative des deutschen Konsuls, ein Einbruch, der darin bestand, daß die französischen Organe sich mit Gewalt mehrerer Personen bemächtigten, die sich unter dem Schutze und im Gewahrsam des deutschen Konsuls befinden.

2. Deutschland spricht sein Bedauern aus über die unkorrekte Haltung seines Konsuls, der Personen, die einen Geleitschein nicht beanspruchen konnten, einen solchen gegeben hatte.

3. Die Rechtsfrage soll durch ein Schiedsgericht gelöst werden.

An der Auffassung, daß der tatsächlich vorgekommene Eingriff französischer Organe in Casablanca in die Konsulargerichtsbarkeit des dortigen deutschen Konsuls die Erklärung eines Bedauerns der französischen Regierung erfordere, hat die deutsche Regierung festgehalten. Hieraus geht hervor, daß von deutscher Seite ein Vorschlag, die ganze Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, nicht gemacht worden ist, und daß die Annahme, als hätte sich die Haltung der deutschen Regierung am 28. Oktober infolge der am 28. Oktober erfolgten Veröffentlichung des Daily Telegraph geändert, jeder Begründung entbehrt.

Der rettende Konflikt.

Die Königsberger Allgemeine Zeitung bringt folgende angeblich offiziöse Information:

„Wir haben guten Grund anzunehmen, daß sich die deutsch-französischen Auseinandersetzungen über den Zwischenfall von Casablanca zuspitzen und bald schon zu einem offenen Konflikt ausarten dürften. Vorderhand wird zwar noch verhandelt, aber die Geduld Deutschlands muß einmal zu Ende gehen, und wenn sich Frankreich inzwischen nicht entschließt, den deutschen, sicherlich nicht allzu hohen Forderungen gerecht zu werden, so wird man deutscherseits eben deutlicher werden müssen. Ueber das Wie wird der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zu entscheiden haben, der, wie wir erfahren, am Sonnabend zusammentritt."

Dazu schreibt das B. T.: Sollte diese von dem Königsberger Blatte wiedergegebene Sensationsdepesche im Auswärtigen Amt inspiriert oder diktiert worden sein, so würde das beweisen, daß man diese ganze Casablanca-Geschichte jetzt plötzlich hervorholt und zu einer großen Aktion aufbauscht, **um die Aufmerksamkeit des deutschen Publikums und besonders der franzosenfeindlichen alldeutschen Presse von der blamablen Kaiserinterviewaffäre abzulenken und dem Fürsten Bülow noch vor der** — darum absichtlich **auf Anfang nächster Woche verschobenen — Reichstags-Interpellation entweder einen diplomatischen Erfolg oder aber die Unterlage zu einem patriotischen Appell an die nationale Einigkeit zu verschaffen.** Im Auslande hat man diesen Schachzug, wie die pessimistische Haltung der Börsen bewies, **erwartet.** Es ist selbstverständlich, daß die Casablanca-Affäre in einer Weise geregelt werden muß, die der Würde des Deutschen Reiches entspricht, und daß die französischen Soldaten, die nach deutscher Aussage die Konsulatsbeamten angegriffen haben, getadelt oder bestraft werden müssen. Der ganze Unterschied zwischen den beiden Auffassungen ist auch nur der, daß die französische Regierung den Ausdruck ihres Bedauerns von der Entscheidung des Schiedsgerichts abhängig machen will, während die deutsche Regierung zunächst das Bedauern verlangt und dann erst vor das Schiedsgericht gehen möchte. Seit Wochen wird über diese Angelegenheit verhandelt und man zweifelte auf beiden Seiten nicht an einer gütlichen Verständigung, die mit Hilfe einer vermittelnden Formel leicht zu erzielen sein müßte. Daß es bei einigem guten Willen beider Parteien nicht zu einem „offenen Konflikt" zu kommen braucht, liegt auf der Hand.

Der französische Ministerrat.

Paris, 5. November. In einem heute im Elysée abgehaltenen Ministerrat machte der Minister des Aeußern Pichon Mitteilungen über die schwebenden Fragen der äußeren Politik. Der Ministerrat beschäftigte sich dann mit den deutsch-französischen Vorverhandlungen über den Zwischenfall von Casablanca. Er war einstimmig der Ansicht, daß es **für Frankreich unmöglich sei, den deutschen Gesichtspunkt anzunehmen.**

In politischen Kreisen glaubt man nicht an eine Verschärfung des Konflikts und meint, wenn Deutschland ebenso verföhnlich wäre wie Frankreich, werde man sich auf eine Erklärung einigen können, in der beide Länder ihr Bedauern über den Zwischenfall ausdrücken und ein Schiedsgericht annehmen. Das aber wäre das für Frankreich **einzig mögliche Zugeständnis, und die Weigerung Frankreichs, seine Offiziere und Soldaten zu tadeln, wird als endgültige betrachtet.**

•

Paris, 5. November. Im Laufe der Unterredung, die der deutsche Botschafter Fürst Radolin nachmittags mit dem Minister Pichon hatte, sprach der Botschafter die Hoffnung aus, daß eine vermittelnde Lösung den beiden Regierungen erlauben werde, den Zwischenfall von Casablanca zu regeln. Pichon antwortete, er habe die Hoffnung nicht verloren, daß eine Lösung angenommen werde, die für beide Länder gleich ehrenvoll sei.

•

Paris, 5. November. Die Agence Havas veröffentlicht folgende Depesche aus Berlin: Die französische Regierung hat sich in dem Wunsche, einen neuen **Beweis für die Loyalität ihrer Politik und des Geistes der Billigkeit** in der Angelegenheit der Deserteure in Casablanca zu geben, dazu entschlossen, der deutschen Regierung **den Bericht des Polizeikommissars Borde** über die Vorfälle vom 25. September mitzuteilen. Borde ist dem französischen Konsulat in Casablanca seit der Okkupation der Stadt durch die französischen Truppen attachiert. Das erwähnte Dokument sollte nach den zuerst getroffenen Entschließungen des Pariser Kabinetts nur einem Schiedsrichter mitgeteilt werden und wird in Paris veröffentlicht, sobald die deutsche Regierung davon Kenntnis erhalten haben wird.

•

Paris, 5. November. Eine Note der Agence Havas besagte: Sobald die Verhandlungen mit Deutschland infolge des Schrittes des Fürsten Radolin in der Angelegenheit der letzten Forderungen der Berliner Regierung eingeleitet waren, gab Pichon zu erkennen, daß, obwohl er strikte auf dem Boden des von Deutschland vorgeschlagenen Schiedsgerichts verbleibe, er gleichwohl bereit sei, in Uebereinstimmung mit dem Berliner Kabinett eine Formel zu suchen, worin die beiden Regierungen gleichzeitig erklären würden, daß sie die Zwischenfälle vom 25. September und die gegenseitigen bei dieser Gelegenheit vorgefallenen Gewalttätigkeiten als bedauerlich betrachten. Pichon fügte hinzu, er würde **keine Formel annehmen, worin die französische Regierung allein ihr Bedauern ausspräche** und die in irgendeiner Weise die Verleugnung ihrer Soldaten und ihrer Soldaten in sich schlösse, die ihre militärische Pflicht erfüllten. Das sind die Dispositionen, die die französische Regierung unveränderlich zum Ausdruck brachte.

Französische Zeitungsstimmen.

Paris, 5. November. Der Temps behauptet, daß man in Berlin nach einer **Ablenkung für das Unbehagen suche, das durch die neuen Steuerpläne hervorgerufen worden sei.** Das deutsche Volk müsse wissen, daß die französische Regierung in der Angelegenheit von Casablanca niemals daran gedacht habe, die Ehre Deutschlands anzutasten. In diplomatischer Hinsicht habe übrigens Deutschland die Hände nicht frei. Es wäre eine **große Unvorsichtigkeit vom Fürsten Bülow, einen bewaffneten Streit zu wagen, während Oesterreich voll mit dem Orient beschäftigt sei,** Rußland eine nationale Revanche suche, Frankreich militärisch und moralisch bereit sei, seine Würde zu verteidigen, England eine unbestreitbare Ueberlegenheit zur See besitze und **Italien immer weniger geneigt sei, sich für fremde Zwistigkeiten zu opfern.**

Das Journal des Debats erinnert an die schiedsgerichtliche Beilegung des Zwischenfalles von Gulf und meint, damals sei vor der Verkündigung des Urteils weder ein Bedauern gefordert noch ausgedrückt worden. Deutschland könne sich mit einer ähnlichen Regelung des Zwischenfalles von Casablanca zufriedengeben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19081106/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG